

Antrag 18/II/2025**AfB Berlin****Der Landesparteitag möge beschließen:****Arbeitszeit erfassen, Mehrarbeit entlasten**

- 1 Die sozialdemokratischen Mitglieder im Abgeordnetenhaus und Senat werden aufgefordert:
 - 3 1. Beginnend mit einem Pilotprojekt, das alle Schulformen, -stufen und sozialen Lagen erfasst, wird innerhalb der nächsten Wahlperiode eine flächendeckende Arbeitszeiterfassung im Berliner Schuldienst etabliert. Diese soll neben der Unterrichtszeit sämtliche Tätigkeiten aller Berliner Lehrkräfte umfassen, unabhängig von Ort und Zeit der Arbeit erfolgen und die Zeiterfassung auf das gesetzliche Mindestmaß (Beginn, Ende und Pausenzeiten) beschränken. Die Arbeitszeiterfassung wird mittels eines praktikablen und datenschutzkonformen digitalen Systems durch die Lehrkräfte durchgeführt. Sie darf gemäß der arbeitsgerichtlichen Rechtsprechung nicht als Instrument der Leistungs- und Verhaltenskontrolle gebraucht werden. Die Arbeitszeiterfassung soll in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und Beschäftigtenvertretungen konzipiert werden.
 2. Die Arbeitszeiterfassung wird erwartungsgemäß eine höhere Summe an Zuvielarbeit, Mehrarbeit und Überstunden im Berliner Schuldienst offenlegen. Die Einführung einer Arbeitszeiterfassung muss deshalb mit einem Konzept zur Verringerung der Arbeitslast einhergehen. Es lässt sich feststellen, dass in den letzten Jahren insbesondere die sogenannten „sonstigen Dienstpflichten“ enorm zugenommen haben. Das sind (Verwaltungs-)Aufgaben, die außerhalb der pädagogischen Kerntätigkeit anfallen. Lehrkräfte sollen sich jedoch auf ihre pädagogischen und didaktischen Kernaufgaben konzentrieren können und von administrativen und organisatorischen Aufgaben entlastet werden. Zur Verwirklichung dieses Ideals („Teachers-teach“) soll nach dem „one-in-two-out“-Prinzip ein struktureller Abbau der sonstigen Dienstpflichten vorgenommen werden. Für jede neue Aufgabe sollen an anderer Stelle zwei sonstige Dienstpflichten gestrichen, digitalisiert oder auf andere Professionen übertragen werden.
 3. Die aktuellen Herausforderungen sind im Schulsystem ungleich verteilt und können durch das bisherige Deputatsmodell nicht aufgabengerecht abgebildet werden. Das pauschale Deputatsmodell soll deshalb durch funktions- und lagespezifische Deputate ersetzt werden. In diesen sollen langfristig die Personalzumessung, Abminderungsstunden und Funktionsstellen zusammengeführt werden. Die beson-

Empfehlung der Antragskommission**Annahme (Konsens)**

49 dere Verantwortung der SPD ist dabei, auf die Be-
50 lastung der PädagogInnen an Schulen in herausfor-
51 dernder Lage zu denken und für deren Entlastung zu
52 kämpfen.
53 4. Bis eine strukturelle Verringerung der Aufgaben-
54 last vollzogen wurde, müssen die festgestellte Zu-
55 vielarbeit, Mehrarbeit und Überstunden durch kurz-
56 und mittelfristige Maßnahmen ausgeglichen wer-
57 den. Dazu zählt:
58 a) eine Flexibilisierung der Stundentafel sowie ei-
59 ne Entlastung des Rahmenlehrplans;
60 b) die Vereinbarung fester Regelungen für den
61 Umgang mit Zuvielarbeit, Mehrarbeit und
62 Überstunden mit den Gewerkschaften und Be-
63 schäftigtenvertretungen;
64 c) Die Vereinbarung von angemessenen finanzi-
65 ellen oder zeitlichen Ausgleichsangeboten mit
66 den Gewerkschaften und Beschäftigtenvertre-
67 tungen
68 d) Strukturelle, organisatorische und personelle
69 Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und
70 des Gesundheitsschutzes, insbesondere durch
71 Digitalisierung und Multiprofessionalität.